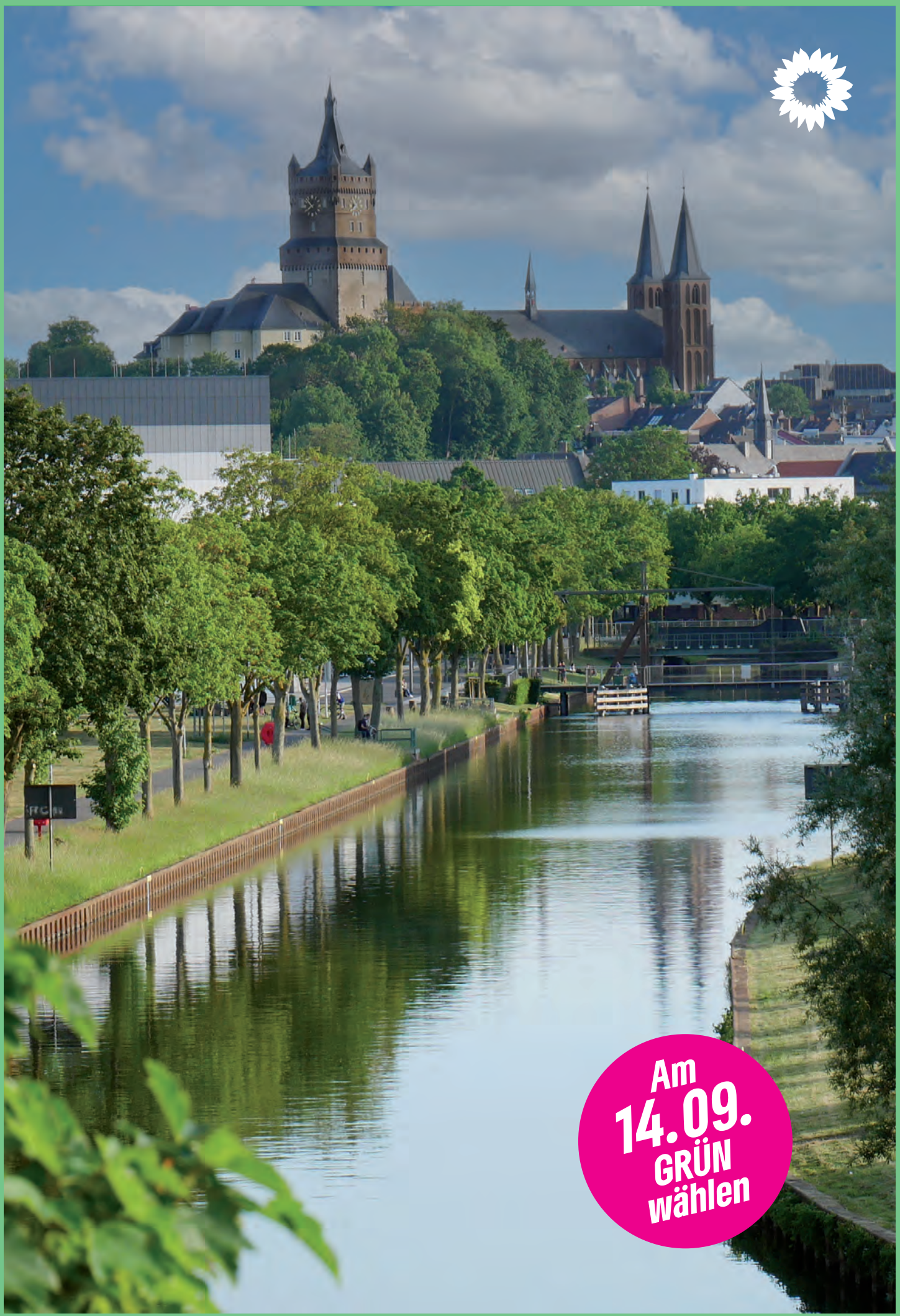
MACHT HEUTE, WAS MORGEN ZÄHLT.

KOMMUNALWAHLPROGRAMM 2025 FÜR KLEVE.


Am
14.09.
GRÜN
wählen

VORWORT

Das grüne Herz von Kleve!

Seit fast einem halben Jahrhundert gestalten die Grünen die Gesellschaft und Umwelt klimaschonend, energie-alternativ und sozial. Hier in Kleve haben wir dafür gesorgt, dass die Bauleitplanungen nach ökologischen Kriterien gestaltet werden, ein Klimaschutzmanager sowie eine Klimafolgenanpassungsmanagerin angestellt werden, ein kommunales Wärmekonzept aufgestellt wird, Abwasser wieder nutzbar gemacht wird, Stadtgestaltung in den Händen der Stadt bleibt und nicht in der Hand von Investoren, freiwillig finanzierte Schulsozialarbeit möglich ist – trotz leerer Stadtkassen –, ein Gewaltschutzkonzept vorliegt sowie endlich Maßnahmen zur Barrierefreiheit ergriffen werden.

Kommunalpolitik im Korsett fehlender städtischer Finanzen und kanppen Personals zu gestalten, ist eine Mammutaufgabe. Ein Wahlprogramm stellt die Leitplanken für die Arbeit dar, verrät aber auch etwas über die Prioritäten. In diesem Sinne viel Lesefreude!

Helfen Sie uns, dass Kleves grünes Herz weiter pocht und geben Sie uns Ihre Stimme!

Veronica Vasterling, Sprecherin

Oliver Roth, Sprecher

Dr. Kristin Lemhöfer, Beisitzerin

Ulrike Wäckers, Stadtratsfraktion

INHALT

Klima-, Umwelt- und Naturschutz – *Kleve, eine Stadt zum Wohlfühlen* 6

Für günstige, verlässliche und klimaneutrale Energie 6
Für vorsorgende Anpassungen an ein verändertes Klima 6
Für verlässliche und bezahlbare Wärme 7
Für einen effektiven Klimaschutz 7
Für saubere Gewässer 7
Für intakte Naturschutzgebiete 7
Für einen geschützten Reichswald 8
Für bestes Trinkwasser 8
Für eine moderne Kläranlage 8
Für naturnahe öffentliche Grünflächen 8
Für den Tiergarten als Artenschutzzoo 8
Für eine nachhaltige Landesgartenschau 8

Mobilität – *Kleve, Stadt und Land eng verbunden* 9

Für eine emissionsfreie Innenstadt 9
Für einen verlässlichen und bezahlbaren ÖPNV 10
- Bahnverkehr 10
- Busverkehr 10
- Bus on Demand 10

Für sicheren und nachhaltigen Autoverkehr 10
- Ladeinfrastruktur E-Autos 10
- Carsharing 11
- Modell Dorfauto 11

Für kurze und sichere Schulwege 11
Für ungehinderten Radverkehr 11
Für sicheren Fußverkehr 12
- Gehwege, Haltestellen, Ampeln, Zebrastreifen 13
- Begrünung, Sitzgelegenheiten, Gestaltung, Verkehrsberuhigung 13

Für Mobilität ohne Barrieren 13
Für eine nachhaltige LAGA 2029: Mobilität schaffen, die bleibt! 14

Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung – *Kleve, eine Stadt mit Charakter* 15

Für nachhaltiges Bauen 15
- Förderung von energie-effizienten Gebäuden 15
- Sanierung im Bestand 15

Für bezahlbaren Wohnraum 15
- Sozialer Wohnungsbau 15
- Besonders starker Wohnraumbedarf 15

Für lebenswerte Stadtentwicklung 15
- Innen- vor Außenentwicklung 15
- Grünflächen und Naherholung 15

Für zukunftsfähige Bebauungspläne 15
- Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit 15
- Beschleunigung der Verfahren 15

Für eine Neuausrichtung der GeWoGe Kleve 16
- Erhöhung des Eigenkapitals 16
- Kooperationen mit privaten Investoren 16
- Vergabe von Grundstücken im Erbbaurecht 16
- Nutzung von Fördermitteln 16

Für die Nutzung von Förderprogrammen 16
- KfW-Förderprogramme 16
- Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) 16
- Landesförderprogramme 16
- Regionale Förderprogramme 16

Wirtschaft, Einzelhandel und Tourismus – *Kleve, eine florierende Stadt* 17

Für zukunftsfähige Wirtschaft 17
Für nachhaltigen Tourismus 17
Für attraktiven Einzelhandel 18
Für einen lebhaften Wochenmarkt 18

Soziales Miteinander – *Kleve, eine Stadt mit Zusammenhalt* 19

Für Kinder, Jugendliche und Familien 19
- Kindertagesbetreuung 19
- Beteiligung der jungen Generation 19
- Hilfen für Familien 19
- Schulsozialarbeit 19

Für bezahlbares und barrierefreies Wohnen 19
Für eine vielfältige Gesellschaft ohne Diskriminierung 20
Für zuverlässigen Gewaltschutz 20
Für gelingende Integration 20
Für umfassende Inklusion 21
Für starke Quartiersarbeit 21
Für die Stärkung gesellschaftlicher Teilhabe sozial benachteiligter Gruppen 21

Bildung und Schulen – *Kleve, eine Stadt mit Chancen für alle* 23

Für ein gutes Lernumfeld 23
- Gebäude und Ausstattung der Schulen sowie der Schulumgebung 23
- Nachhaltigkeit, Klimaschutz und erneuerbare Energien 23
- Weitere Ausstattung 23
- Schulhofgestaltung 23

Für sichere und kurze Schulwege 24
Für nutzbare Digitalisierung 24
Für eine vorausschauende Schulentwicklungsplanung 24
Für flächendeckende Ganztagsbetreuung/Ganztagsschulen 25
Für umfassende Inklusion 25
Für die Stärkung von Kooperation und Partizipation in der Schulpolitik 26
- Kooperation vor Ort 26
- Partizipation und Mitbestimmung 26

Kunst und Kultur – *Kleve, eine bunte und lebendige Stadt* 27

Für den Erhalt und die Förderung des reichen Kulturangebotes 27

Sport und Vereine – *Kleve, eine tatkräftige Stadt* 28

Für den Erhalt und die Förderung der Vereine und Sportangebote 28

Kontakt 29
Briefwahl 29
Notizen 30
Impressum 31

Klima-, Umwelt- und Naturschutz – *Kleve, eine Stadt zum Wohlfühlen*

An einem erfolgreichen Klima-, Umwelt- und Naturschutz sind viele Akteure beteiligt und gesetzlich zuständig: die Verwaltung von Stadt, Kreis und Land, Bürger:innen, Betriebe, und vor allem die Zivilgesellschaft. Alle Beteiligten wollen wir bei ihrer Arbeit unterstützen, wobei in der nächsten Wahlperiode zum einen ein besonderer Fokus auf der Umsetzung der vielfach schon vorhandenen Konzepte wie zum Beispiel dem Klimaschutzfahrplan und dem Mobilitätsentwicklungskonzept liegen soll. Zum anderen sollen konzeptionelle Lücken im Schutz von Natur, Arten und Biodiversität geschlossen werden.

Für günstige, verlässliche und klimaneutrale Energie

Der Ausbau erneuerbarer Energien muss weiterhin unterstützt werden, das Erfolgsprojekt Balkonkraftwerk verdient eine Neuauflage! Öffentliche Gebäude und die Gebäude der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft Kleve (GeWoGe) sollten als Vorbild dienen und mittels eigener Photovoltaik versorgt werden. Die Dezentralisierung der Stromerzeugung bringt jedoch auch Themen wie Netzausbau und Netzstabilität mit sich. In der Zukunft setzen wir uns daher dafür ein, dass bedarfsgerecht und regional Kapazitäten geschaffen werden, um Speichertechnologien zu etablieren und die Bürger:innen angemessen bei der Umsetzung von Speicherprojekten zu unterstützen. Solche Projekte schaffen Unabhängigkeit und Selbstwirksamkeit für die Bürger:innen sowie Planungssicherheit in Zeiten wechselhafter Strompreise. Zudem sollen auch Mehrfamilienhäuser stärker in den Fokus dieser Projekte gerückt werden, sodass alle Bürger:innen gleichermaßen von einer sozial gerechten Energiewende profitieren können. Die konsequente Unterstützung bei sinnvollen Mieter:innen-Strommodellen und von Bürger:innen geführten Energiegenossenschaften steht dabei ebenso im Vordergrund.

Als klimaverträglicher und regional verfügbarer Energierohstoff ist Biogas, im Vergleich mit anderen Erneuerbaren Energien, speicherfähig und dadurch nach Bedarf verfügbar und vielseitig einsetzbar. Neben dem Klimaschutz kann die energetische Nutzung von Biomasse zur Biogasproduktion einen wesentlichen Beitrag zur Energiesicherung leisten und damit eine nachhaltige Entwicklung insbesondere im ländlichen Raum fördern. Dabei muss der Fokus auf den verstärkten Einsatz von Reststoffen, wie Gülle und Mist sowie organischen Abfällen, gelegt werden, da der Anbaufläche von Energiepflanzen wie zum Beispiel Mais im Sinne der Nutzungskonkurrenz mit Anbauflächen für Lebensmittel und der Umweltverträglichkeit kritisch zu sehen ist. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Stadt hier tätig wird und mittels ihrer Stadtwerke sowie den Umweltbetrieben Pilotprojekte fördert.

Die Nutzung von Erdwärme/Geothermie, von Wasser-Wärmepumpen (z. B. am Rhein) und Photovoltaik über versiegelten Flächen wie Parkplätzen und Verkehrswegen wollen wir fördern. Auch können wir nicht auf Windkraftenergie verzichten, wenn wir die Energiewende schaffen wollen. Ebenso sollen Maßnahmen zur Wärmegewinnung aus Gewässern ergriffen werden. Von der Nutzung erneuerbarer Energien sollten idealerweise alle Bürger:innen profitieren.

Für vorsorgende Anpassungen an ein verändertes Klima

Extreme Wetterereignisse nehmen zu: Ausgeprägte Dürre-Phasen und häufigere Starkregenereignisse sind das Ergebnis der Klimakrise und erfordern eine bessere Anpassung auf kommunaler Ebene. Wir unterstützen daher die Intensivierung der Ausarbeitung von nachhaltigen und wirksamen Maßnahmen zur Optimierung des Wassermanagements (insbesondere mit Blick auf die komplizierte Situation zwischen der Ober- und der Unterstadt). Dazu gehören zum Beispiel natürliche Niederschlags-Rückhaltebereiche, eine Erweiterung der Grünflächen in der Innenstadt, die Entsiegelung wasserundurchlässiger

Flächen und ein Konzept zum Umgang mit Hitzephasen, insbesondere bei Schulen, Kindergärten und Pflegeeinrichtungen.

Für verlässliche und bezahlbare Wärme

Ein Blick in das aktuelle Wärmekataster des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen verrät, dass eine Vielzahl der Bestandsgebäude in Kleve noch auf den fossilen Energieträger Gas setzen (müssen). Der verhältnismäßig hohe Anteil von Ein- und Zweifamilienhäusern in Kleve macht deutlich, dass das Modernisierungspotenzial der Kommune überdurchschnittlich hoch ist. Für Hauseigentümer:innen und Interessierte sind Anreize zum Erwerb und der Modernisierung von Bestandsgebäuden im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung unerlässlich. Die energetische Sanierung von öffentlichen Gebäuden sollte weiterhin im Verbund geplant werden. Wärmepumpen stellen sicherlich den Kern der Wärmewende dar, die Nähe zur Landwirtschaft ermöglicht jedoch zusätzliche Potenziale aus dem Bereich der Biomassenutzung zu heben.

Dezentrale Strom- und Wärmeversorgung kann und soll jedoch nicht bedeuten, dass jede Einzelperson den Prozess neu denken muss. Die Unterstützung der Bürger:innen bei der Entscheidungsfindung zum ganz eigenen Weg zur klimaneutralen Wohneinheit muss daher verbessert und die Kommunikation von innovativen und pragmatischen Beispielkonzepten verstärkt werden. Auf diese Weise können Herausforderungen, Lösungsansätze, Kostenstrukturen und Sorgen der Bürger:innen im Umgang mit der Wärmewende frühzeitig aufgefangen werden.

Für einen effektiven Klimaschutz

Der Klever Klimaschutzfahrplan stellt eine gute Handlungsempfehlung für erste Projekte im Stadtgebiet dar, obschon land- und forstwirtschaftliche Emissionen im Plan nicht berücksichtigt werden.

Maßnahmen der Stadt, die zu einer Verbesserung der Gesamtsituation für die Bürger:innen führen, können auch weitere Akteure zum Handeln motivieren. Ein „Fahrplanmonitor“, der den Bearbeitungsstand abbildet und der Öffentlichkeit leicht zugänglich macht, bietet sich daher an.

Die bereits angesprochenen Emissionen des land- und forstwirtschaftlichen Sektors sollten zumindest in Form einer Abschätzung aufgenommen und berücksichtigt werden, um bereits heute erste, niedrigschwellige Projekte einzuleiten und nicht die Augen vor der Verantwortung zu verschließen. Aktuell noch aufgeschobene Emissionen werden ohnehin in den kommenden Jahren in die Berichtspflichten aufgenommen und sollten nicht intransparent und/oder als überraschend kommuniziert werden.

Die bereits 2019 im Klimaschutzfahrplan identifizierten Potenziale im Bereich Bioenergie, Photovoltaik und Windkraft müssen durch bürgernahe Maßnahmen ermöglicht werden. Dabei dürfen insbesondere die Bioenergie-, Umweltwärme und Windkraftpotenziale nicht auf Kosten des Umwelt- und Naturschutzes gehen.

Für saubere Gewässer

Das Gebiet der Stadt Kleve wird durch Gewässer wie den Spoykanal, den Kermisdahl, Altrheine und Kolke geprägt. Wir wollen, dass der Spoykanal zu einem natürlicheren Gewässer entwickelt wird, um die Wasserqualität und Erholungsfunktion zu verbessern. Wir werden andere Akteure wie Deichverbände, Umweltverbände und Bürger:innen bei der Umsetzung von Projekten für naturnahe Gewässer im Sinne der EU-Wasserrahmenrichtlinie unterstützen.

Für intakte Naturschutzgebiete

Die Stadt Kleve beheimatet international bedeutende Naturschutzgebiete wie die Halbinsel Salmorth, die Düffel, die Rindernschen Kolke und den Kellener Altrhein. Wir setzen uns dafür ein, dass Naturschutzgebiete im Sinne des Naturschutzes genutzt und entwickelt werden.

Wir haben bisher dafür gesorgt, dass die fachliche Betreuung durch die beiden Naturschutzstationen NABU und Naturschutzzentrum für den Kreis Kleve durch einen städtischen Eigenanteil unterstützt werden. Das werden wir fortsetzen.

Für einen geschützten Reichswald

Der Reichswald mit seinen Ausläufern bis zum Tiergartenwald ist ein wichtiger Natur- und Erholungsraum der Stadt. Wir werden das Land NRW als Eigentümerin darin unterstützen, den Wald klimastabil und naturnah weiterzuentwickeln – ob als Nationalpark oder mit Wildnisgebieten.

Für bestes Trinkwasser

Das Trinkwasser für die Bürger:innen der Stadt Kleve kommt aus dem Reichswald, dessen Schutz wir unterstützen. Eine Ausweitung der Trinkwasserförderung über die Stadt und die angrenzenden Kommunen hinaus lehnen wir ab, um langfristig den Trinkwasserspeicher für die Klever Region stabil zu halten.

Für eine moderne Kläranlage

Die Kläranlage der Stadt Kleve gehört schon jetzt zu den modernsten am Niederrhein. In den nächsten Jahren werden wir uns für den Bau einer vierten Reinigungsstufe einsetzen, um neuartige Belastungen wie Medikamentenrückstände, Chemikalien und Mikroplastik aus dem Abwasser zu entfernen.

Für naturnahe öffentliche Grünflächen

Wir können als Stadt vielen Pflanzen- und Tierarten Lebensräume bieten, indem wir Grünflächen naturnah umgestalten. Die öffentlichen Grünflächen unserer Stadt haben eine Vorbildfunktion und können, unterstützt durch Information und Aufklärung, Bürger:innen zum Nachmachen animieren. Sie sind gut für das Mikroklima in der Stadt, reduzieren eine Überhitzung des besiedelten Raums und binden Schadstoffe.

Heimische Wildpflanzen brauchen weniger Pflege und Wasser und trotzen dem Klimawandel besser als Rasen oder Zuchtstauden. Die Stadt kann Geld bei der Pflege von öffentlichen Grünflächen einsparen, da etablierte naturnahe Flächen langfristig weniger bewässert werden müssen und auch weniger Pflanzenschutz notwendig ist.

Für den Tiergarten als Artenschutzzoo

Der Tiergarten Kleve beherbergt derzeit etwa 350 Tiere mit dem Schwerpunkt auf zumeist alten, bedrohten Haustierrassen. Wir unterstützen den Tiergarten Kleve bei seiner Entwicklung zu einem modernen Artenschutzzoo.

Für eine nachhaltige Landesgartenschau

Die Landesgartenschau im Jahr 2029 bietet eine gute Möglichkeit, die Stadtentwicklung unter dem Motto „Schaffen, was bleibt – Stadt – Land – Wasser“ weiterzuentwickeln.

Die historischen Parkanlagen des Tiergartens sind von herausragender Bedeutung und sollen – auch im Zuge der Landesgartenschau 2029 – bestmöglich wiederhergestellt und gepflegt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass unter maßgeblicher Beteiligung der Bürger:innen und der Zivilgesellschaft die Planungen konkretisiert werden. Die Beachtung von Klimaneutralität, Natur- und Umweltverträglichkeit sowie die Vermeidung sozialer Barrieren der Teilhabe sind für uns dabei Voraussetzungen.

Mobilität – *Kleve, Stadt und Land eng verbunden*

Sicher, menschenfreundlich für Jung und Alt, umweltschonend und finanzierbar – so sieht für uns die gelungene Nahmobilität – das problemlose Vorwärtskommen im Innenstadtbereich – aus. Im Klever Stadtrat wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Weichen für eine Nahmobilitätswende gestellt und gute Lösungen für vielfältige Mobilitätsbedürfnisse gefunden werden. Wir wollen weg von der selbstverständlichen Vorherrschaft des Autos hin zu mehr Fuß-, Rad- und Busverkehr, weg von fossilen Treibstoffen und hin zur emissionsfreien Mobilität.

73 Millionen Räder gibt es in Deutschland, 46 Millionen Autos. Auf jedem fahrenden Rad sitzt eine Person, in vielen fahrenden Autos auch nur eine. 160 Millionen leere Autositze fahren durch die Republik und geschätzte 160 Millionen geschätzte Stellplätze vor dem Haus und auf den Plätzen werden dafür gepflastert. Das Auto frisst Fläche, die wir alle bezahlen. Für ein fahrrad- und fußgängergerechtes Kleve brauchen wir eine neue Infrastruktur!

Dies erfordert ein grundsätzliches Umdenken: Die Straßen und Parkplätze unserer Innenstadt sind mehr als nur Verkehrsraum für den fließenden und ruhenden Autoverkehr – sie sollen auch Raum für Aufenthalt, Treffen, Kommunikation und gefahrloses Spiel bieten.

Für eine emissionsfreie Innenstadt

Unsere Leitidee „Nahmobilität im Lebensraum Innenstadt“ sieht folgende konkrete Handlungsansätze für die praktische Umsetzung vor.

Wir fordern:

- Ausweisung der gesamten Klever Innenstadt als Tempo-30-Zone.
- Kostengünstigere dezentrale Parkplätze um die Innenstadt herum.
- Von dort aus kostenloser, bedarfsorientierter Shuttlebusverkehr in die Innenstadt. Die bisherigen Parkplatzflächen sollen in attraktive Bewegungs-, Treff- und Aufenthaltsflächen für den Fußgänger- und Radverkehr umgewidmet werden.
- Einrichtung von Kurzzeit- und Anwohnerparkplätzen (auch für Arztpraxen o. ä.), die entsprechend gekennzeichnet werden.
- Erhöhung der Parkgebühren: Wer einen der wenigen noch gebliebenen Parkplätze in der Innenstadt nutzt, bezahlt eine wesentlich höhere Parkgebühr als bisher und finanziert damit die „autofreie Innenstadt“ mit.
- Umgestaltung geeigneter Innenstadtstraßen gemäß dem niederländischen „Shared Space“-Konzept, das die gleichberechtigte gemeinsame Nutzung des Straßenraums durch verschiedene Verkehrsteilnehmer vorsieht. Verkehrsregeln werden hierbei durch gegenseitige Rücksichtnahme ersetzt.
- Kinderfreundliche Umgestaltung des Innenstadtbereichs durch mehr Frei- und Spielraum für Kinder. Mögliche Maßnahmen sind etwa „Spielstraßen auf Zeit“, bei denen Straßen für Pkws nachmittags oder am Wochenende gesperrt werden, sowie verkehrsberuhigte Bereiche.
- Hol- und Bring-Zonen vor Grundschulen, damit Kinder den letzten Teil des Weges zu Fuß gehen und nicht per Auto direkt bis vor die Schule gefahren werden.
- Ausbau des ÖPNV mit fairen Preisen.
- Zentrale Umschlagplätze für Paketdienste und Auslieferung durch Lastenräder im privaten und gewerblichen Bereich: So können z. B. mit einem Lastenrad größere Einkäufe getätigt werden oder Händler:innen ihre Kunden mit Waren beliefern. Auch der Zulieferverkehr in der Innenstadt kann so reduziert werden. (Mögliche Finanzierung durch den Verfügungsfonds des Integrierten Handlungskonzeptes).
- Wiedereinführung von autofreien Sonntagen.
- Einführung und Weiterentwicklung „Bus on Demand“.
- Reaktivierung der Bahnstrecke Kleve-Nimwegen, Prüfung von Monocab oder ähnlichen Technologien.

Für einen verlässlichen und bezahlbaren ÖPNV

Wir denken Mobilitäts-Infrastruktur in allem mit. Es ist uns wichtig, dass Bürger:innen und Bürger in den Ortschaften und Kleve Stadt von unseren Vorschlägen zur verbesserten Mobilität zeitnah profitieren. Maßnahmen des Nahmobil-Konzeptes des Kreises sollen in Kleve schnell Umsetzung finden.

Bahnverkehr
Wir unterstützen die Reaktivierung von Bahnstrecken wie zum Beispiel Kleve-Nimwegen. Hier können zukunftsweisenden Technologien, wie das Monocab in Zukunft eine entscheidende Rolle spielen.

Erreichbarkeit über Bahnmobilität wird für unsere Ortschaften, aber auch für Gäste unserer Stadt einfacher sowohl in Richtung Kleve als auch in Richtung Niederlande. Der Tourismus wird zunehmen.

Der RE10 ist leider seit viel zu langer Zeit nicht verlässlich. Wir werden uns als Klever Grüne für mehr Planungssicherheit einsetzen und mit Stadt, Kreis, Land und DB proaktiv an einer verbesserten Situation arbeiten.

Busverkehr
Der innerstädtische Busverkehr und die Anbindung der Ortsteile haben ein hohes Potential, die Innenstadt von Autoverkehr zu entlasten und damit wesentlich zur Aufenthalts- und Lebensqualität von Kleve beizutragen.

Wir fordern, die Haltestellen der existierenden Linien des Citybusses auszuweiten und mittelbar auch mit neuen Linien zu erweitern, z. B. die Verlängerung des Citybus mit einem Rundverkehr Materborn Kellen plus im Kontext zur LAGA Einsatz als Shuttle Bus. Generell müssen die Ortsteile angeschlossen werden.

Wir fordern die Umsetzung des Ratsbeschlusses aus dem Jahr 2021 zur Einführung von Echtzeitauskünften an Bushaltestellen. Der Citybus sollte auf Modelle wie den SIGMA 7 umgestellt werden, Niederflurbus.

Bus on Demand
KleveMobil ist ein Angebot, welches wir gerne attraktiver machen würden, in dem wir den Prozess und Fahrzeugtyp verändern wollen.

Wir fordern:

- Wir schlagen ein größeres Fahrzeug wie z. B. Vito/VW Bus vor, der eine Rampe hat, der jetzige ist nur eingeschränkt barrierefrei.
- Der Buchungsprozeß muss sich verändern hin zu einem Shared Ride Prinzip - das bedeutet, man teilt sich dann ein KleveMobil mit bis zu fünf anderen Personen, die in dieselbe Richtung wollen. So sind weniger Autos auf den Straßen unterwegs und die Lebensqualität in deiner Stadt steigt.
- Angebotszeiten sollten verlängert werden hin zu einem 24/7 Betrieb, direkt per App buchbar.

Für sicheren und nachhaltigen Autoverkehr

Das Auto ist viel zu praktisch, als dass es überflüssig werden könnte. Aber auch hier gibt es erhebliches Verbesserungspotential in Sachen Nachhaltigkeit.

Wir fordern:

- Dezentrale Parkplätze
- Gratis Shuttle-Service von den Parkplätzen anbieten
- Weitere Mobilität schaffen durch Bike-Verleih Angebot auf dem Parkplatz

Ladeinfrastruktur E-Autos
Aktuell sind die Niederlande führend in der Ausgestaltung der Anzahl an Ladepunkten pro Einwohner (ca. 4.6-fache zu D). Sie haben eine Quote an E-Fahrzeugen von 13,8 Prozent im Vergleich zu Deutschland mit nur drei Prozent.

Die Anzahl der Ladepunkte steht in Korrelation mit der Anzahl an Elektrofahrzeugen und damit klimafreundlichen Antrieben. Wir fordern daher den massiven Ausbau an Ladepunkten in Kleve auf vier Ladepunkte pro 1.000 Einwohner bis 2030. Denn nur so kann die Antriebswende auch bei uns Erfolg haben. Einen besonderen Stellenwert legen wir auf Wohngebiete mit hohem Anteil an Mietwohnungen. Parkplätze sollten überdacht werden als Hitze-

schutz und als Energiequelle dienen durch Bestückung mit PV. Parkplätze werden damit zu den größten Ladekapazitäten in Kleve zählen.

Bis 2035 soll die Zahl der Ladesäulen abhängig von Erfahrungswerten in Wohngebieten und auf Parkplätzen weiter gesteigert werden.

Zudem soll geprüft werden, Ladefugen in Gehwegen zu installieren, um einen Ladevorgang für MieterInnen und Hauseigentümern über eigene Wallboxen zu ermöglichen.

Carsharing
Bei der Herstellung eines Autos entstehen über 20 t Abfall. Außerdem werden zahlreiche wertvolle Rohstoffe verbaut und sehr viel Energie bei der Herstellung und dem Unterhalt verbraucht. Hinzu kommt der Platzbedarf für stehende Autos. Carsharing ist eine elegante und kostengünstige Idee, um diese Umweltkosten zu reduzieren. Die Stadt Kleve kann Carsharing fördern indem sie ein eigenes Carsharing Programm schafft für alle diejenigen, die kein Auto besitzen, lieber mit dem Fahrrad fahren, sich bewusst gegen ein eigenes Auto entschieden haben und damit die Umwelt schonen. Der Service soll mit Fahrzeugen in den Ortsteilen und in der Stadt zur Verfügung gestellt werden und muss einfach über eine App buchbar sein.

Modell „Dorfauto“
Es ist wichtig, alle Ortschaften und die dort wohnenden Bürger:innen und Bürger, die nicht mobil sind, kein Führerschein mehr besitzen, Teilhabe zu ermöglichen und sie besser anzubinden an z.B. das Stadtzentrum, am öffentlichen Leben zu beteiligen und einfacher das Wahrnehmen von Terminen zu ermöglichen. Der Busverkehr leistet das aktuell nicht. Die Stadt Kleve stellt dabei kostenfrei Fahrzeuge in den Ortsteilen zur Verfügung und Interessengemeinschaften betreiben dann ehrenamtlich die angefragten Fahrten. Die Fahrten sind begrenzt auf den Kreis Kleve und Einwohner der Ortsteile können Termine dann im Voraus buchen. Wir setzen uns dafür ein, dass das „Dorfauto“ kommt. Düffelward, Bimmen/Keeken, Griethausen, Schenkenschanz, Warbeyen und Wardhausen/Brienen sollen mit diesem Modell eine deutlich bessere Anbindung finden.

Für kurze und sichere Schulwege

Wir fordern:

- Verkehrssicherheit schaffen für alle Verkehrsteilnehmer = Querschnittsaufgabe; Schwerpunkt auf schwächere und insbesondere Kinder/Jugendliche.
- Eine von Bürgermeister, Ordnungsamt und Polizei durchgeführten einmaligen Verkehrsschau, bei der der Verkehr an jede Klever Schule an einem Morgen beobachtet wurde, reicht nicht aus. Wir machen uns weiterhin für ein zukunftweisendes Konzept für den Bring- und Holverkehr vor Kindergärten und Schulen stark. Es geht ja nicht nur um den morgendlichen Berufsverkehr. Knapp 6.000 Schüler:innen in Kleve sind keine kleine Zielgruppe, sodass hier dringend Handlungsbedarf besteht.
- Ziel dieses Konzeptes müssen sichere Schulwege für alle Kinder sein, von der Haus- bis zur Schultür. Dazu gehört ein Fahrradstraßennetz mit optimierten Ampelschaltungen, welches gewährleisten soll, dass zu den Stoßzeiten am Morgen und am Mittag die Kinder sicher aus den Ortsteilen zu ihren Schulen kommen.
- Zu den Schulanfangszeiten und den Schulendzeiten ist im Umfeld vieler Schulen einiges los. Oft kommt es zu gefährlichen Situationen. Gerade das „Elterntaxi“ steht dabei manchmal in der Kritik: Zu viele fahrende, ein- und ausparkende Autos rund um die Schule können Kinder, die zu Fuß oder auf dem Fahrrad unterwegs sind, gefährden. Außerdem lernen Kinder im elterlichen Auto nicht, sich selbständig sicher im Straßenraum zu bewegen. Da reicht es nicht aus, dass weitere – oft nur eingeschränkte – Halteverbote ausgesprochen werden oder mehr sogenannte Kiss&Ride-Zonen ausgewiesen werden. Seit Dezember 2023 ist es möglich vor Schulen „Schulstraßen“ einzurichten. In diese „Schulstraßen“ dürfen dann morgens und mittags keine motorisierten Verkehrsteilnehmer einfahren.

Für ungehinderten Radverkehr

Rad- und Autofahrende sind weder Feinde noch Konkurrenten. Im Gegenteil: Jedes fahrende Rad trägt zur Reduzierung des Autoverkehrs bei, dieser kann zügiger fließen und es gibt mehr freie Park-

plätze. Wir wünschen uns eine echte Gleichberechtigung zwischen allen Verkehrsteilnehmenden und müssen mehr über Lösungen als Probleme sprechen.

Seit Jahren liefern wir dazu in den Ausschüssen und im Stadtrat Ideen, um den Radverkehr in Kleve zu stärken und ein faires Miteinander im Straßenverkehr zu ermöglichen. Einiges wurde bereits umgesetzt, vieles geht zu langsam und wird vorurteilsbehaftet kaputt geredet. Es mangelt nicht an Ideen und Konzepten, sondern an der Priorisierung und Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen. Und oftmals auch am Mut zu innovativen und visionären Ideen.

Wir werden in der kommenden Ratsperiode Druck auf die Umsetzung der Maßnahmen ausüben. Dabei werden wir weiter eng mit dem Kreisverband des ADFC und der von uns gegründeten Bürgerkampagne „Kleve fährt Rad“ und Verkehrswacht zusammenarbeiten.

Aus Gründen des Klimaschutzes und des Gesundheitsschutzes muss für eine Verkehrs- und Mobilitätswende jede Anstrengung unternommen werden, um möglichst viele Menschen zum Fahrradfahren zu animieren. Die meisten Strecken, die zurückgelegt werden, sind unter sechs Kilometer lang – da ist das Rad oft schneller als das Auto.

Zudem sind Menschen, die ihre Alltagswege mit dem Rad zurücklegen, nachweislich entspannter und weniger anfällig für Stress und Depressionen. Aber die Radstrecken und -wege müssen so sicher sein, dass sie auch von Schulkindern und Gelegenheitsfahrer:innen gefahrlos genutzt werden können.

Wir fordern:

Da Verkehrswende in Kleve eine Veränderung von Gewohnheiten und nicht nur eine Auflistung von Selbstverständlichkeiten bedeutet, sind dies unsere vorrangigen Maßnahmen.

- Priorisierung von Maßnahmen aus dem Mobilitätsentwicklungskonzept, die ein hohes CO_2-Einsparpotential aufweisen und mit geringen Kostenumfang zügig umgesetzt werden können, dazu gehört z.B. das abgestufte Fahrradparkkonzept oder die Einrichtung weiterer Fahrradstraßen.
- Ausbau und Ausweisung eines sternförmigen Fahrradstraßennetzes von den Ortsteilen in den Stadtkern sowie Lückenschlüsse zwischen bereits bestehenden Radverbindugen.
- Planung und Ausbau von überörtlichen Radpendlerrouten, wie sie im Nahmobilitätskonzept des Kreises vorgeschlagen, und einfach übernommen werden können.
- Schnellere Umsetzung neuerer gesetzlicher Möglichkeiten, um Gefahrenstellen abzubauen und Radfahrer:innen als schwächere Verkehrsteilnehmer:innen besser zu schützen, wie z. B. den Abbau der Drängelgitter, die Einrichtung von Schulstraßen, Verbindung von Tempo-30-Zonen sowie Weiteres seit der letzten Novellierung der StVO.
- Mehr Leihräder an zentralen Standorten: Im Zuge der LAGA sehen wir das Fahrrad als das Verkehrsmittel, um die LAGA-Flächen bestmöglich und klimaschonend zu erschließen. Leihräder sollten rund um die Uhr und das ganze Jahr zum Ausleihen zur Verfügung stehen.
- Mehr Angebote und Infrastruktur für Radreisende wie Rastplätze, Hotelrouten und Servicestationen, die einfache Pannenhilfe ermöglichen.
- Kleve soll eine Vorbild- und Vorreiterrolle übernehmen. Dazu wollen wir mehr Innovationen einbringen, wie z. B. KI-gesteuerte Ampeln für einen flüssigeren Verkehr (= Grüne-Welle) oder auch Mikro-Depots, um in einer autoreduzierten Innenstadt, die Verkehrsbelastungen speziell durch Paketdienste verringern zu können.
- An Bushaltestellen im Stadtgebiet sollen bei ausreichendem Platzangebot Fahrradabstellbügel installiert werden. Bei größeren Verkehrsknotenpunkten (Ausfallstraßen mit viel Pendlern, Ortsteilanbindungen) sollen komfortable Radunterstände an Bushaltestellen installiert werden.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass Kleve verteilt über das Stadtgebiet mehr überdachte abschließbare Fahrradhäuser erhält.

Für sicheren Fußverkehr

Fußverkehr wird stiefmütterlich behandelt, obwohl das Gehen doch umwelt- und klimaschonend ist und die Quartiere belebt. Trotzdem wird dem Fußverkehr in der Klever Verkehrsplanung kaum

Aufmerksamkeit geschenkt. Fußgänger*innen sind häufig gefährlichen Kreuzungen, einem hohen Lärmpegel und einem begrenzten Platz ausgesetzt. Dabei ist eine gute Fußverkehrsinfrastruktur doch insbesondere für Kinder, Senior*innen und Menschen mit Behinderung wichtig bzw. unerlässlich.

Gehwege, Haltestellen, Ampeln, Zebrastreifen

Wir fordern:

- Es sollten Gehwege mit einer Mindestbreite von 2,5 Metern vorhanden sein, auf denen sich auch Eltern mit Kinderwagen, Rollstuhlfahrer und Fußgänger mit Rollatoren bequem bewegen und ohne Hindernisse gehen können.
- Eine Verknüpfung von Fuß- und öffentlichem Nahverkehr muss gegeben sein. Um dies zu erreichen, sollten Fußwege z.B. zur Haltestelle oder dem Bahnhof, sicher, bequem und barrierefrei gestaltet sein.
- Ampelschaltungen sollten im Stadtgebiet alle überprüft werden mit dem Ziel möglichst kurze Wartezeiten für den Fußverkehr zu schaffen.
- Wir wünschen uns eine Bürgerbeteiligung, bei der Klever:innen weitere Zebrastreifen im Stadtgebiet vorschlagen, um sicherer die Straßenquerung zu erreichen.

Begrünung, Sitzgelegenheiten, Gestaltung, Verkehrsberuhigung

Wir fordern:

- Ausbau von verkehrsberuhigten Räumen und Begegnungszonen, in denen Schrittgeschwindigkeit gefahren und Fußgängern Vorrang eingeräumt wird. Sogenannte „Shared-Space-Bereiche".
- Kostengünstige dezentrale Parkplätze um die Innenstadt herum, verbunden mit einem kostenlosen bedarfsorientierten Shuttlebusverkehr in die Innenstadt. Die bisherigen Parkplatzflächen sollen in attraktive Bewegungs-, Treff- und Aufenthaltsflächen für den Fußgänger- und Radverkehr umgewidmet werden.
- Kinderfreundliche Umgestaltung des Innenstadtbereichs durch mehr Frei- und Spielraum für Kinder. Mögliche Maßnahmen sind etwa „Spielstraßen auf Zeit", bei denen Straßen für PKWs nachmittags oder am Wochenende gesperrt werden, sowie verkehrsberuhigte Bereiche.
- Wege sollten durch Begrünung, regelmäßige Sitzgelegenheiten und gute Beleuchtung so gestaltet werden, dass sie zum Zufußgehen einladen. Gleiches trifft auch auf Haltestellen zu, an denen sich die Menschen wohl und sicher fühlen müssen.
- Falschparken und das damit einhergehende Risiko für den Fuß- und Radverkehr sollten stärker kontrolliert und durch Bußgelder sanktioniert werden.
- Wiedereinführung autofreier Sonntage.

Für Mobilität ohne Barrieren

Kleve als lebendige und attraktive Stadt für alle erlebbar zu machen und Mitbürger/innen mit eingeschränkter Mobilität eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, ist ein wichtiges Ziel grüner Kommunalpolitik. Dank unserer Anträge gibt es mittlerweile eine öffentliche Rollstuhltoilette am Bahnhof und eine halbe Stelle für Inklusion und Integration in der Klever Stadtverwaltung. Im Bereich Barrierefreiheit setzen wir uns für folgende Maßnahmen ein.

Wir fordern:

- Installation von Aufzügen am Klever Bahnhof, um eine wirklich barrierefreie Querung der Bahngleise für alle mobilitätseingeschränkten Menschen zu ermöglichen. Die geplante Unterführung mit Rampen, die mehrere hundert Meter lang sind, stellt keine angemessen barrierefreie Lösung dar, zumal mit der Einführung der neuen batterieelektrischen Züge ab 2027 ein ständiger Wechsel zwischen Gleis 1 und 2 erforderlich sein wird.
- Bau einer weiteren öffentlichen barrierefreien Toilette sowohl im unteren Teil der Fußgängerzone, als auch am Marktplatz an der Linde. Hier liegt im Übrigen auf Antrag der grünen Ratsfraktion seit drei Jahren bereits ein Ratsbeschluss zur Errichtung einer Pop-Up Toilette vor, der jedoch bis heute nicht umgesetzt wurde.
- Umsetzung des Ratsbeschlusses auf Einrichtung eines taktilen Leitsystems in der Klever Fußgängerzone, um die Barrierefreiheit für blinde und sehbehinderte Menschen zu verbessern. Auch dieser Ratsbeschluss geht auf einen Antrag der grünen Ratsfraktion zurück.
- Barrierefreier Zugang zur Schwanenburg als touristisches Highlight und identitätsstiftendes

Wahrzeichen unserer Stadt. Die optimale Lösung wäre, wie von uns bereits seit langem gefordert, der Bau eines Lifts von der Stadthalle bis hoch zur Burg. Auch hierzu existiert seit langem ein von der grünen Fraktion initiierter Prüfauftrag, der im Zusammenhang mit der erfolgreichen Bewerbung Kleves um die Ausrichtung der Landesgartenschau 2029 eine visionäre Aktualität erhält. Dies würde mobilitätsbehinderten Menschen einen barrierefreien Rundlauf durch die gesamte Klever Innenstadt ermöglichen. Im Zuge dessen fordern wir auch, dass endlich die gemäß dem Platzkonzept seit Langem vorgesehene barrierefreie Umgestaltung des Dr.-Will-Platzes an der Schwanenburg angegangen wird, um diesen wunderbaren Platz zu Füssen der Burg für alle zugänglich zu machen. Für die barrierefreie Umgestaltung der Schwanenburg fordern wir seitens der Stadt, kontinuierliche Verhandlungen mit dem BLB des Landes NRW aufzunehmen, da dieser Eigentümer der Burg ist.
- Prüfung des Einsatzes von KI gesteuerten Lichtsignalanlagen im Klever Stadtgebiet, da diese sehr individuell auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen eingehen können.
- Barrierefreie Umgestaltung des Josephshauses (hier befinden sich die Fraktionsräume aller im Stadtrat vertretenen Parteien) durch Installation eines Aufzuges und einer barrierefreien Toilette, um Menschen mit Behinderungen die aktive politische Teilhabe in der Stadtgesellschaft zu ermöglichen. Auch hierzu existiert im Übrigen auf Initiative der grünen Fraktion ein Ratsbeschluss, der jedoch ebenfalls bislang nicht umgesetzt worden ist.
- Barrierefreie Umgestaltung aller Bushaltestellen (eigentlich gesetzlich vorgeschriebene Pflicht seit 2021!) und Gehwege.

All diese Handlungsansätze stellen nur einen Ausschnitt aus dem Spektrum zur Förderung der „Nahmobilität im Lebensraum Innenstadt“ dar. Nahmobilität verstehen wir als ganzheitlichen Ansatz, der sich auf die Bereiche Infrastruktur, Kommunikation, Service und Energie bezieht sowie Nahversorgung und Erholung als weitere Grundprinzipien miteinschließt. Sektorenkoppelung ist unser Ziel, mit der diese Bereiche intelligent verknüpft werden. Die zukünftige Stadt- und Verkehrsplanung soll im Rahmen von bürgerschaftlichen Beteiligungsformen erfolgen. Kinder, Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, Einzelhandel und die Gastronomie sind hierbei als Akteure einzubeziehen. Erst dann machen wir unsere Stadt mobil für die Zukunft!

Für eine nachhaltige LAGA 2029: Mobilität schaffen, die bleibt!

Wir fordern:

- Querschnittsthema unter dem Motto „Schaffen, was bleibt.“; überdachte P+R-Flächen mit gleichzeitiger Möglichkeit zu laden; bestehende Parkflächen nutzen (z. B. sonntags von Unternehmen/Supermärkten)
- Überdachte P+R-Flächen bieten gleichzeitig Verschattung und sorgen für Ladekapazitäten für Gäste und Besucher.

Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung – *Kleve, Stadt und Land eng verbunden*

Als Grüne Fraktion im Stadtrat von Kleve setzen wir uns für eine nachhaltige und lebenswerte Stadtentwicklung ein. Unser Ziel ist es, Kleve zu einer Stadt zu machen, in der alle Bürger:innen bezahlbaren Wohnraum finden, die Umwelt geschützt wird und die Lebensqualität für alle steigt.

Für nachhaltiges Bauen

Förderung von energieeffizienten Gebäuden
Wir setzen uns für die Nutzung nachhaltiger Baustoffe und energieeffizienter Bauweisen ein. Neubauten sollen mindestens den KfW-Effizienzhaus-Standard 40 erfüllen. Dies reduziert den Energieverbrauch und die CO_2-Emissionen erheblich und trägt zur Erreichung der Klimaziele bei. Zudem sollen Bauherren durch steuerliche Anreize und Förderprogramme des Landes Nordrhein-Westfalen unterstützt werden.

Sanierung im Bestand
Bestehende Gebäude sollen energetisch saniert werden, um den Energieverbrauch zu senken und die CO_2-Emissionen zu reduzieren. Wir unterstützen Eigentümer*innen bei der Umsetzung durch Beratungsangebote und finanzielle Förderungen. Hierbei spielt der Kreis Kleve eine wichtige Rolle, indem er Fördermittel bereitstellt und die Sanierungsmaßnahmen koordiniert.

Für bezahlbaren Wohnraum

Sozialer Wohnungsbau
Wir wollen den Bau von Sozialwohnungen fördern und sicherstellen, dass ausreichend bezahlbarer Wohnraum für alle Einkommensgruppen zur Verfügung steht. Dazu sollen kommunale Grundstücke bevorzugt für den sozialen Wohnungsbau genutzt werden. Das Land Nordrhein-Westfalen und der Kreis Kleve müssen hierbei durch Förderprogramme und finanzielle Unterstützung aktiv mitwirken.

Besonders starker Wohnraumbedarf
Wir sehen besonders einen Bedarf an Wohnraum für Alleinerziehende, so wie altersgerechten Wohnraum. Durch Zusammenarbeit mit sozialen Organisationen und Beratungsstellen, können Bedarfe besser zu erkennen und Lösungen zu entwickeln.

Für lebenswerte Stadtentwicklung

Innen- vor Außenentwicklung
Die Siedlungsflächenentwicklung soll vorrangig auf die Nachverdichtung, Schließung von Baulücken und Wiedernutzung von Flächen innerhalb des bereits bebauten Gebiets konzentriert werden. Dies verhindert die Zersiedelung und schützt wertvolle Grünflächen. Bebauungspläne müssen zukünftig stärker auf Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit ausgerichtet werden. Die Verfahren sollten vereinfacht und beschleunigt werden, um den Bauprozess zu optimieren.

Grünflächen und Naherholung
Wir möchten die Grünflächen in der Stadt ausbauen und besser vernetzen. Parks, Spielplätze und Naherholungsgebiete sollen für alle Bürger:innen leicht erreichbar sein. Dies erhöht die Qualität des Mikroklimas und fördert die Gesundheit der Bevölkerung. Der Kreis Kleve sollte hierbei durch die Bereitstellung von Fördermitteln und die Koordination von Projekten unterstützen.

Für zukunftsfähige Bebauungspläne

Die zukünftige Herangehensweise an Bebauungspläne sollte folgende Punkte berücksichtigen:

Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit
Bebauungspläne müssen stärker auf Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit ausgerichtet werden. Dies beinhaltet die Förderung von energieeffizienten Bauweisen und die Integration von Grünflächen. In der Vergangenheit haben wir bereits Ökologische Faktoren in den Bebauungsplänen implementiert. In der Zukunft wird es noch wichtiger sein, das Stadtklima noch stärker in den Fokus zu nehmen.

Beschleunigung der Verfahren

Für eine Neuausrichtung der GeWoGe Kleve

Die GeWoGe Kleve muss sich schnellstmöglich neu positionieren. Sie sollte sich verstärkt auf die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und die energetische Sanierung bestehender Gebäude konzentrieren. Zudem sollte sie eng mit der Stadt und dem Kreis zusammenarbeiten, um Fördermittel zu akquirieren und Projekte effizient umsetzen. Die GeWoGe ist die einzige Wohnbaugesellschaft im Kreis Kleve in überwiegend Kommunalem Eigentum und muss daher gemeinnützig sein.

Es sollen zukünftig folgende finanzielle Hebel eingesetzt werden:

Erhöhung des Eigenkapitals
Durch die Ausgabe von Anleihen oder die Aufnahme von zinsgünstigen Krediten ggf. durch die Stadt Kleve selbst, kann die GeWoGe ihr Eigenkapital erhöhen und somit größere Bauprojekte finanzieren.

Kooperationen mit privaten Investoren
Durch Public-Private-Partnerships (PPP) kann die GeWoGe zusätzliche finanzielle Mittel und Expertise gewinnen. Private Investoren können durch steuerliche Anreize und klare Vorgaben motiviert werden, in den sozialen Wohnungsbau zu investieren.

Vergabe von Grundstücken im Erbbaurecht
Kommunale Grundstücke sollten im Erbbaurecht vergeben werden, um die Anfangsinvestitionen für Bauherren zu reduzieren und langfristige Planungen zu ermöglichen.

Nutzung von Fördermitteln
Die GeWoGe muss aktiv Fördermittel von Bund, Land und Kreis akquirieren und spezialisierte Fördermittelberater einsetzen, um die Finanzierung von Projekten zu sichern.

Für die Nutzung von Förderprogrammen

KfW-Förderprogramme
Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) bietet zinsgünstige Kredite und Zuschüsse für den Bau und die energetische Sanierung von Wohngebäuden. Besonders relevant sind hier das KfW-Wohneigentumsprogramm und das Programm für energieeffizientes Bauen und Sanieren.

Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG)
Diese Förderung unterstützt sowohl Neubauten als auch Sanierungen, die hohe energetische Standards erfüllen. Es gibt Zuschüsse und zinsgünstige Darlehen, die über die KfW abgewickelt werden.

Landesförderprogramme
Das Land Nordrhein-Westfalen bietet verschiedene Förderprogramme für den sozialen Wohnungsbau und die energetische Sanierung an. Diese Programme sind darauf ausgelegt, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und gleichzeitig die Umwelt zu schützen.

Regionale Förderprogramme
Der Kreis Kleve kann zusätzliche Mittel bereitstellen, um lokale Wohnbauprojekte zu unterstützen. Diese Mittel können für die Schaffung von sozialem Wohnraum und die Sanierung bestehender Gebäude genutzt werden.

Wirtschaft, Einzelhandel und Tourismus – *Kleve, eine florierende Stadt*

Für zukunftsfähige Wirtschaft

Wir finden es wichtig, im Zuge der Wirtschaftsförderung regelmäßig Gespräche mit Unternehmen in Kleve zu führen und Panels zu besuchen rund um den Wirtschaftsstandort Kleve. Denn die Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln sollen – wo nötig – verbessert werden und Inhaber und Mitarbeiter:innen von Unternehmen gehört werden.

Es ist uns wichtig, dass Firmen und Arbeitsplätze in Kleve gebunden werden und wachsen können.

Wir streben an, die WTM (Wirtschaft, Tourismus und Marketing GmbH) auch personell weiter auszubauen, gerade auch mit Blick auf die Akquise von neuen Unternehmen für Kleve. Eine Ansiedelung von Unternehmen im Bereich erneuerbare Energien und Batteriespeicherung würden wir sehr begrüßen.

Die sehr hohen Energiekosten bedingt durch den Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine sind wohl bereits wieder deutlich gesunken, jedoch belasten diese auch weiterhin Klever Unternehmen, gerade im produzierenden Gewerbe. Wir wünschen uns daher eine stärkere Nutzung von Windkraft aber auch Solar in Industriegebieten und damit eine deutliche Entlastung für Unternehmen.

Seit Anfang 2024 wurde die gültige Landesbauordnung angepasst, so dass erstmals Erleichterungen für die Errichtung von Windenergieanlagen in Industrie- und Gewerbegebieten festgeschrieben wurden. Diese Anpassung soll es Unternehmen ermöglichen, durch Windkraftanlagen ihre Energiekosten nachhaltig zu senken. Vorteile wie kurze Leitungskosten, geringe Verluste und bei Überschussmengen die Speicherung von Energie liegen auf der Hand. Dies sollte auch für Klever Industriegebiete durch die Stadt Kleve aktiv ins Auge genommen und dementsprechend durch Kampagnen begleitet werden. Die Klever Stadtwerke können sich u. a. beteiligen bzw. Abnehmer sein für überschüssige Energie. Wir werden als künftige Klever Grüne Ratsfraktion eine solche Entwicklung aktiv fördern.

Informationen zu Förderungen des Landes, der Bundesregierung als auch der Europäischen Union sollten proaktiv an unsere Unternehmen fließen.

Für nachhaltigen Tourismus

In Kleve und Umgebung finden sich zahlreiche Möglichkeiten, sich als Tourist:in wohlzufühlen. So werden Interessierten in der Stadt und Umgebung viele Events über das ganze Jahr hin weg geboten.

Werbung
Wir werden uns dafür einsetzen, dass die WTM Veranstaltungen angemessen bewirbt und ihre Angebote regelmäßig wiederholt einstellt, sollte es ein kontinuierliches Angebot sein. Es gilt den Bekanntheitsgrad zu erhöhen.

Mobilität
Wir finden Tourist:innen aber auch Bürger:innen der Stadt sollten einen einfachen Zugang zu Leihfahrrädern/Citybikes erhalten mit Verteilzentren im Außenbereich, zum Beispiel am Tierpark (Parks), in der Innenstadt oder an Parkplätzen. Dies bietet eine wunderbare Möglichkeit das Kleverland auf der „Fiets“ zu erkunden, anstatt ein Auto zu nutzen.

Kunst
Kleve hat eine überaus aktive Kunstszene. Wir finden, diese sollte gefördert werden (auch finanziell) in dem wir regelmäßig Kunst (-Wettbewerbe) im Stadtgebiet oder unseren Ortschaften anbieten. Kunst, die in der Innenstadt oder in den Ortschaften gezeigt wird. Dies steigert die Attraktivität des Standortes Kleve.

Street Food Market
Wir regen an, dass Kleve regelmäßig einen Street Food Markt organisieren sollte, auf denen den Besucher:innen vielfältige, internationale Speisen sowie Musik angeboten werden.

Touren/Führungen
Organisierte Fahrrad- oder Wandertouren entlang landwirtschaftlichen Höfen mit Eigenverkauf ist auch ein Angebot, welches den Bekanntheitsgrad der Höfe unter den Klever:innen als auch Tourist:innen steigert und gleichermaßen Regionalität der Produkte fördert.

Wir sind der Meinung, dass auch Wanderungen und Veranstaltungen entlang von Naturschutzgebieten/Wäldern über die WTM angeboten werden sollten.

Für attraktiven Einzelhandel

Wir benötigen zum Status Quo eine Veränderung. Die Leerstände haben deutlich zugenommen. Wir möchten eine lebendige, aktive Innenstadt mit einer Vielzahl an unterschiedlichsten Geschäften und einem City-Management, welches sehr aktiv operiert.

Es gibt unterschiedliche Personen und Institutionen, die an der Besetzung von Innenstadtflächen mitwirken wie Vermieter, Makler, Einzelhändlern, Ketten und WTM.

Die Stadt sollte hier mittels der WTM als Bindeglied zwischen Händler:innen, Vermieter:innen, Makler:innen und Bürger:innenwünschen fungieren. Mit dem Ziel, eine maximale Auslastung der Flächen in der (Innen-) Stadt zu erreichen. Die WTM sollte daher personell ausgebaut werden, um gerade den Kontakt mit den Händlern vor Ort zu intensivieren, um so frühzeitig zu wissen, wo und wann es Nachfolgebedarf gibt. Hier sollten dann in Absprache mit dem Einzelhandel Hilfen angeboten werden.

Die WTM sollte zudem aktiv in die Akquise gehen und interessante Ketten und Einzelhändler:innen für Kleve anwerben. Im regionalen Umfeld von 30-40 km sind zahlreiche Städte und Einkaufszentren, die gesichtet werden können. Bürger:innen und Student:innen sollten befragt werden, welche Geschäfte oder Dienstleistungen sie sich konkret für Kleve wünschen. Auch derartige Umfragen sollten eine Basis für die weitere Suche nach Investor:innen/Händler:innen darstellen.

Für Einzelhändler:innen, die wir gerne für Kleve anwerben würden, sollten Fördermodelle überlegt werden, um diese für einen Zeitraum finanziell zu entlasten, gerade in der Startphase.

Grundsätzlich sollte die Innenstadt, aber auch Straßen mit viel Einzelhandel in Kleve attraktiver werden. Dies betrifft Sitzmöbel, Verschattung durch Bäume, Entsiegelung, Fahrradabstellbügel, Kunst und Attraktionen.

Für einen lebhaften Wochenmarkt

Wir wünschen uns zudem einen Wochenmarkt, der gefördert und gestärkt wird durch die Stadt Kleve. Unsere Fraktion hatte hier bereits Mittel für eine Studie angefragt. Hierzu sollten Bürger:innen befragt werden, um Wünsche und Ideen zu sammeln und aktiv zu werden. Wir als Grüne engagieren uns für einen großen Markt mit vielen regionalen Produkten.

Soziales Miteinander – *Kleve, eine Stadt mit Zusammenhalt*

Für Kinder, Jugendliche und Familien

Kindertagesbetreuung
Wir wollen die Kindertagesbetreuung und -bildung in der Kita, der Kindertagespflege und der Offenen Ganztagsschule (OGS) zukunftsfähig machen. Für eine zuverlässige Kindertagesbetreuung und flexible Betreuungszeiten benötigen wir genügend Fachkräfte und eine auskömmliche Finanzierung der Angebote. Hier muss die Stadt Kleve eigene Anreize schaffen.

Wir fordern:

- Fachkräfte gewinnen durch möglichst weitgehende Landes- und städtische Finanzierung der Praxisintegrierten Ausbildung (PiA)
- Durch Unterstützung der Träger bei Fachkräfteinitiativen mehr - auch männliche - Menschen vom Beruf des/der Erzieher:in überzeugen
- Auskömmliche Finanzierung der Angebote durch Erhöhung des städtischen Anteils
- Elternbeiträge einkommensgerecht erheben
- Förderung der Erweiterung des Angebotes flexibler Betreuungszeiten (6.00 -19.00 Uhr) in Kita und OGS zur Entlastung der Eltern
- Förderung von Sprach-Kitas als Angebot zum Abbau von Bildungsdefiziten
- Ausbau des rhythmisierten Ganztagsangebotes an den Klever Grundschulen

Beteiligung der jungen Generation
Kinder und Jugendliche benötigen eine Stimme, die gehört wird. Hierfür wollen wir Beteiligungsformate für Kinder und Jugendliche ausbauen.

Wir fordern:

- Regelmäßige Durchführung von Beteiligungsworkshops
- Direkte und persönliche Befragung von Kindern und Jugendlichen an den Orten, an denen sie sich aufhalten, ihre Bedarfe abfragen und ihre Anregungen zeitnah umsetzen

Hilfen für Familien
Wir wollen als zentrale Anlaufstelle ein Familienbüro einrichten, damit die familienbezogenen Leistungen und vielfältigen Unterstützungsangebote für Familien an einer Stelle beantragt und vermittelt werden können und Kleve dadurch familienfreundlicher wird. Im Familienbüro haben die Familien eine feste Kontaktperson, die bei der Antragstellung zum Beispiel von Wohngeld, Leistungen aus dem Bundesteilhabepaket, Erziehungshilfen etc. unterstützt und Kontakt zu den unterschiedlichen Fachbereichen der Verwaltung, Unterstützungsangeboten, Leistungsanbietern und Beratungsangeboten koordiniert. Das Familienbüro bietet aktiv Hilfen aus einer Hand an und trägt damit präventiv zur Verringerung von Familienarmut und deren Folgen bei.

Wir fordern:

- Schaffung eines Familienbüros

Schulsozialarbeit
Die Stellen zur Schulsozialarbeit sollen bedarfsgerecht angepasst werden. Dies erfolgt im regelmäßigen Austausch mit den Schulen, der Koordinierungsstelle sowie dem Jugendhilfeausschuss.

Wir fordern:

- Bedarfsdeckende Finanzierung von Schulsozialarbeit

Für bezahlbares und barrierefreies Wohnen

Es gibt in Kleve einen eklatanten Mangel an bezahlbaren und barrierefreien Wohnungen. Insbesondere für Frauen mit und ohne Kinder gestaltet sich die Wohnraumsuche extrem schwierig.

Wir fordern, dass die Stadt leerstehende Gebäude ankauft, barrierefrei umbaut und zu günstigen Mieten zur Verfügung stellt. Dazu sollte die Stadt eine eigene Wohnungsgenossenschaft gründen.

Die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt hat zu einer drastischen Zunahme obdachloser Menschen geführt. Der von uns in der letzten Ratsperiode geforderte Bau einer innenstadtnahen Unterkunft für obdachlose Frauen soll kurzfristig und notfalls auch ohne Fördermittel erfolgen.

Housing-First beendet Wohnungslosigkeit unmittelbar und bietet flexible wohnbegleitende Hilfen zum dauerhaften Wohnungserhalt an. Es befreit die obdachlosen und von Obdachlosigkeit bedrohten Menschen (insbesondere auch Frauen und junge Menschen) von Abhängigkeiten und dem existenzbedrohenden Leben auf der Straße und ermöglicht ihnen, sich wieder selbstbestimmt um ihr Leben zu kümmern.

Wir fordern:

- Gründung einer städtischen Wohnungsgenossenschaft
- Zeitnaher Bau einer Unterkunft für obdachlose Frauen
- Zur Verfügung stellen von Wohnungen privater Wohnungsgeber und der Stadt Kleve für den Housing-First Ansatz.

Für eine vielfältige Gesellschaft ohne Diskriminierung

Innerhalb der Stadtverwaltung arbeiten nur wenige Frauen in Führungspositionen. Die Stadtverwaltung ist ein Paradebeispiel für eine sogenannte „Leaky Pipeline", in der der Anteil von Frauen und anderen unterrepräsentierten Gruppen mit jeder Beförderungsstufe abnimmt. Es muss unter den Menschen auf Führungspositionen mehr Bewusstsein hierfür geschaffen werden sowie der echte Wille, allen gesellschaftlichen Gruppen die gleichen Zugangschancen auf Einstellung und Beförderung bei der Stadtverwaltung Kleve zu bieten. Divers zusammengesetzte Teams leisten nachweislich bessere Arbeit, bieten ein gesünderes Arbeitsklima und haben eine sympathischere Außenwirkung.

Bei der finanziellen Unterstützung von Vereinen und Initiativen ist darauf zu achten, dass die Themen Gleichstellung, Gewaltschutz, Kinderschutz und Inklusion angemessen berücksichtigt werden.

Wir fordern:

- Konsequente Umsetzung des Gleichstellungsplans
- Mehr Frauen in Führungspositionen
- Fortbildungen und Führungspositionen in Teilzeitarbeit ermöglichen
- Mehr gesellschaftliche Vielfalt bei Neueinstellungen in der Verwaltung

Für zuverlässigen Gewaltschutz

Auf unseren Antrag hin gibt es in der Stadt seit Ende 2024 ein Gewaltschutzkonzept. Dieses muss kontinuierlich fortgeschrieben werden. Die vereinbarten Maßnahmen zum Gewaltschutz müssen priorisiert, umgesetzt und auf ihre Wirksamkeit hin evaluiert werden.
Hier fordern wir eine „Koordinierungsstelle Gewaltschutz" innerhalb der Verwaltung. Diese soll auch den Ausbau von Gewaltschutz-Konzepten und -Maßnahmen an Einrichtungen in städtischer Trägerschaft wie Kitas, Schulen, VHS etc. begleiten.
Präventive Maßnahmen zum Gewaltschutz sollten ausgebaut werden. Hierzu soll die Stadt finanzielle Anreize für Initiativen und Vereine bieten.

Wir fordern:

- Schaffung einer Koordinierungsstelle Gewaltschutz
- Finanzielle Förderung präventiver Gewaltschutzmaßnahmen

Für gelingende Integration

Uns ist es nach wie vor wichtig, dass Menschen, die aus ihren Herkunftsländern fliehen mussten, in Kleve willkommen sind, sich hier sicher fühlen und die Chance bekommen, sich hier zu integrieren.
Dafür ist es notwendig, dass zahlreiche Sprach- und Alphabetisierungskurse angeboten werden und ausreichend Plätze in Kursen zur Verfügung stehen.
Die Unterbringung in Sammelunterkünften darf keine Dauerlösung sein. Integration kann nur gelingen, wenn Migrantinnen und Migranten sich mit ihren Familien hier wohlfühlen und Wohnmöglichkeiten in normalen Wohnungen zur Verfügung gestellt werden.
Wir lehnen die Bezahlkarte für Geflüchtete ab und fordern, dass den Menschen weiterhin Bargeld zur Verfügung gestellt wird, damit sie wie alle Kleverinnen und Klever im hiesigen Einzelhandel einkaufen können.
Migrantinnen und Migranten sollten eine eigene Krankenkassenkarte bekommen und nicht auf Behandlungsscheine zur ärztlichen Versorgung angewiesen sein.
Sollten Landesmittel zur Integration (z. B. zur Integrationsberatung oder sogenannte „Komm-an" Mit-

tel) gestrichen werden, sollte die Stadt aus eigenen finanziellen Mitteln die Integration unterstützen. Damit könnten zum Beispiel auch Mitgliedsbeiträge in Vereinen finanziert werden, was Integration und gesellschaftliche Teilhabe für Menschen mit Migrationshintergrund erleichtern würde.
Wir unterstützen die Arbeit des Integrationsrates und geben den Menschen mit Migrationshintergrund damit eine starke Stimme!

Wir fordern:

- Genügend Plätze in Sprachkursen
- Wohnungen statt Sammelunterkünfte
- Bargeld statt Bezahlkarte
- Krankenkassenkarte statt Behandlungsscheine
- Finanzielle Unterstützung zur gesellschaftlichen Teilhabe

Für umfassende Inklusion

Das Thema Inklusion hat für uns eine hohe Priorität. Denn Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist ein Grundrecht für alle Menschen in unserer Stadt, unabhängig von Alter, Geschlecht, Religion, Herkunft oder körperlicher bzw. geistiger Einschränkung. Leider hat die erst kürzlich erfolgte UN-Staatenprüfung zur Umsetzung der UN-Behindertenkonvention in Genf die großen Defizite offenbart, die in Deutschland in Bezug auf Inklusion und Barrierefreiheit immer noch existieren. Daher müssen wir auch Kleve inklusiver und barrierefreier gestalten. Dies betrifft sowohl den Zugang zu Informationen (u. a. mehrsprachig, digital) und Unterstützungsangeboten als auch bauliche Maßnahmen.

Unsere Idee eines Aufzugs vom Kermisdahl zur Schwanenburg – für dessen Prüfung es im Übrigen seit Jahren einen Ratsbeschluss gibt! - ist gerade im Hinblick auf die Ausrichtung der Landesgartenschau 2029 hochaktuell und stellt einen innovativen Beitrag zum Ausbau der Barrierefreiheit dar.

Auch für die Einrichtung eines taktilen Leitsystems für blinde und sehbehinderte Menschen in der Klever Fußgängerzone existiert bereits seit zwei Jahren auf Antrag der grünen Fraktion ein Ratsbeschluss, der ebenfalls auf seine Umsetzung wartet.
Es bedarf einer dringenden und kontinuierlichen Übersetzung von Antragsformularen und Verwaltungsmitteilungen in einfache Sprache, damit gesellschaftliche und politische Teilhabe aller Menschen in Kleve möglich ist.

Um die Interessensvertretung von Menschen mit Behinderungen generell zu verbessern, fordern wir zudem die Einrichtung eines Inklusionsbeirats, wie er in vielen Städten längst üblich ist.

Wir fordern:

- Schaffung einer barrierefreien Klever Innenstadt
- Einrichtung eines Inklusionsbeirats
- Einfache Sprache und digitale Barrierefreiheit in der Kommunikation zwischen Stadtverwaltung und Bürger:innen

Für starke Quartiersarbeit

Quartierarbeit wirkt präventiv gegen Gewalt und Kriminalität, fördert das Miteinander der Generationen, vermeidet Vereinsamung, entwickelt die Selbsthilfekräfte der Bürger:innen in ihrer Nachbarschaft und verleiht ihnen eine Stimme. Vernetzte Quartierskümmerer unterstützen insbesondere in benachteiligten Quartieren die Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut. Unterstützte Quartiersentwicklung mit festen Anlaufpunkten ist in polarisierenden Zeiten wichtiger denn je.

Wir fordern:

- Weitere Förderung von Stellen für Quartierskümmerer und von Quartiersbüros in den benachteiligten Stadtteilen der Klever Unter- und Oberstadt

Für die Stärkung gesellschaftlicher Teilhabe sozial benachteiligter Gruppen

Immer mehr sozial benachteiligte Kinder, Jugendliche und Erwachsene benötigen Hilfe zur Selbsthilfe, um (wieder) am gesellschaftlichen teilhaben zu können. Sie benötigen Unterstützung beim Weg aus der Armut.

Soziale Benachteiligung geht darüber hinaus häufig mit psychischer und/oder physischer Krankheit einher. Immer mehr Jugendliche und Erwachsene sind obdachlos oder von Obdachlosigkeit bedroht und/oder von Drogenkonsum und Gewalt betroffen. An

verschiedenen Stellen im Stadtgebiet sind Treffpunkte von Personengruppen entstanden, die das gewalt- und angstfreie Zusammenleben erschweren.

Auch haben vorangegangene Wahlen gezeigt, dass die Wahlbeteiligung in manchen Stadtvierteln erheblich zurückgegangen ist; die Menschen fühlen sich oftmals 'abgehängt' und nicht mehr an der demokratischen Entscheidungsfindung in unserer Gesellschaft beteiligt.

Mit vernetzter aufsuchender Sozialarbeit wollen wir den Menschen helfen, einen Ausweg aus ihrer Lebenssituation zu finden.

Wir fordern:

- Einsatz von aufsuchender Sozialarbeit – Streetworker:innen ergänzend zur Quartiersarbeit
- Schaffung von niederschwelligen Begegnung- und Beteiligungsmöglichkeiten in Quartieren
- Bereitstellung eines Drogenhilfemobils

Bildung und Schulen – *Kleve, eine Stadt mit Chancen für alle*

Gute und lebenslange Bildung ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben und zur Teilhabe in einer vielfältigen Gesellschaft und in einer sich ständig wandelnden Arbeitswelt. Unsere Kinder sind nicht nur unsere Zukunft, sondern auch unsere Gegenwart, und haben das Recht auf individuelle und gute Förderung und Bildung. Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche ihre Stärken in der Schule entfalten und weiterentwickeln können.

Wir fordern von der Stadt als Schulträger, die Bedingungen zu schaffen für gleiche Bildungschancen für Kinder unabhängig von Geschlecht, Herkunft und Geldbeutel der Eltern.

Für ein gutes Lernumfeld

Gebäude und Ausstattung der Schulen sowie der Schulumgebung
Der Stadt Kleve obliegt, in ihrer Funktion als Schulträger, die Fürsorge für alle städtischen Schulgebäude, sowie deren Ausstattung.

In den vergangenen Jahren wurden der Neubau der Gesamtschule am Forstgarten, die Sanierung der Montessorischule sowie die Erweiterung der GGS An den Linden umgesetzt. Derzeit läuft die Sanierung der Joseph-Beuys-Gesamtschule, der St.-Michael Grundschule Reichswalde, der Willibrordschule Kellen und der Neubau des Konrad-Adenauer-Gymnasiums. Weitere Sanierungsarbeiten und Neubauten sind für die nächsten Jahre bis 2028 geplant.

Der Aus- und Neubau der Schulgebäude sollte weiterhin hohe Priorität in der Stadtplanung erhalten. Dabei sollte man sich an den Vorschlägen der Schulentwicklungsplanung orientieren, um auch zukünftig dem räumlichen Bedarf und den zeitgemäßen pädagogischen Herausforderungen gerecht zu werden.

Nachhaltigkeit, Klimaschutz und erneuerbare Energien
Ein wichtiges Ziel der Neu- und Umbaumaßnahmen sollte konsequente Schadstofffreiheit sein, da Kinder besonders vor negativen Auswirkungen von Schadstoffen geschützt werden müssen.

Umweltbildung sollte im Unterricht einen hohen Stellenwert haben. Hier sollten die Schüler:innen auch zur Müllvermeidung angeleitet werden. Für die Zukunft wäre es weiterhin wichtig, im Zuge der Mülltrennung genügend verschiedenfarbige Müllbehälter zur Verfügung zu stellen sowie das Reinigungspersonal entsprechend zu schulen.

Wie bei allen öffentlichen Gebäuden fordern wir die größtmögliche Gewinnung und Nutzung von erneuerbaren Energien in den Schulgebäuden sowie die Begrünung von Dächern und Fassaden. Außerdem muss Barrierefreiheit in Schulen zunehmend selbstverständlich sein. Die Barrierefreiheit ist bei Neubauten und Sanierungen längst Pflicht, wir fordern aber darüber hinaus, dass in den nächsten fünf Jahren auch die Schulgebäude im Altbestand barrierefrei umgestaltet werden.

Weitere Ausstattung
In der Vergangenheit haben auch unter unserer Mitwirkung zahlreiche Verbesserungen der Schulausstattung stattgefunden, wie z. B. die Anbringung von Defibrillatoren und Trinkwasserspendern sowie die Verfügbarkeit von Periodenprodukten.

Schulhofgestaltung
Durch den begrüßenswerten Ausbau der Ganztagsbetreuung verbringen viele Kinder immer mehr Zeit in ihren Schulen und auf den Schulhöfen. Eine Schaffung von spiel- und umweltfreundlichen Schulhöfen, die genug Raum für Naturerleben bieten, ist ein wichtiges Ziel. Dazu sollten Schulhöfe so gestaltet sein, dass sie möglichst viel unversiegelte Fläche aufweisen, und dass sie durch die Anpflanzung heimischer und insektenfreundlicher Pflanzen, Obst- und Gemüsegärten, die Aufstellung von Insektenhotels, Nistkästen etc. die Biodiversität fördern. Diese Maßnahmen können pädagogisch genutzt und gemeinsam mit den Kindern und unter Mitwirkung der Schulgemeinschaft durchgeführt werden.

Für sichere und kurze Schulwege

Immer häufiger werden Kinder und Jugendliche mit dem Auto bis fast vor das Schulgebäude gefahren. Rücksicht auf Verkehrsteilnehmer:innen, die zu Fuß, mit dem Roller oder Rad unterwegs sind, wird dabei nicht immer genommen. Die Schaffung von Schulstraßen oder verkehrsberuhigten Zonen sowie genügend Halte- und Parkmöglichkeiten im angrenzenden Gebiet der Schulen sind wichtig, um die Verkehrssituationen zu entzerren. Wir haben daher im Stadtrat vor kurzem einen Prüfauftrag zur Ausweitung der 30 kmh-Zonen auf stark frequentierten Schulwegen gestellt.

Auch die richtige Beleuchtung an wichtigen Knotenpunkten sorgt für mehr Sicherheit der Klever Schüler:innen. Neue Ansätze wie der mit einer erwachsenen Begleitperson gemeinsam zurückgelegte Schulweg von einem Treffpunkt aus (sogenannter Bici-Bus oder Fußbus), oder regelmäßige autofreie Schultage, sollen verfolgt werden.

Die Nutzung von Linienbussen der NIAG für Wandertage und Exkursionen ist bisher kaum möglich. Dies sollte durch eine engere Abstimmung der Stadt Kleve mit der NIAG ermöglicht werden.

Für nutzbare Digitalisierung

Wir setzen uns dafür ein, die Vorteile der Digitalisierung für alle Menschen zugänglich zu machen und den schnellen, sicheren Internetzugang im ganzen Land zu ermöglichen. Gleichzeitig müssen wir die Chancen und Risiken Künstlicher Intelligenz umsichtig steuern, um eine sichere und funktionierende digitale Gesellschaft zu gewährleisten. Den Schulen kommt dabei eine wichtige Rolle zu, um den sicheren Umgang mit Digitalität einzuüben und Schüler:innen auch Nachteile und Grenzen bewusst zu machen.

Die Ausstattung der Schulen mit WLAN und digitalen Endgeräten für Schüler:innen ist weit vorangeschritten. Die technische Unterstützung seitens des Schulträgers hierfür sollte aber weiter ausgebaut werden. Zurzeit übernehmen immer noch häufig Mitglieder des Lehrerkollegiums diese Aufgaben, wodurch ihnen weniger Zeit für ihre eigentlichen pädagogischen Tätigkeiten bleibt. Wir haben daher inzwischen die Schaffung von Stellen für sogenannte digitale Hausmeister:innen/ITAS mit festen Sprechzeiten vor Ort beantragt.

Bisher fehlt es noch immer an digitalen Endgeräten für Lehrende. Die Stadt sollte sich dafür einsetzen, dass diese Lücke zeitnah geschlossen wird. Außerdem unterstützen wir die Umstellung auf digitale Schulanmeldungen in allen Schulformen und die Digitalisierung der Kommunikation zwischen Schulen und Eltern.

Für eine vorausschauende Schulentwicklungsplanung

Seit Jahren werden die Schulklassen an den Grund- und weiterführenden Schulen bis zur maximal erlaubten Klassengröße mit Schüler:innen gefüllt - dies betrifft v. a. die Schuleingangsklassen 1 und 5. Wir setzen uns daher für deutlich kleinere Klassen und einen flexibleren Umgang mit der Anzahl der Klassen in Abhängigkeit von den Anmeldezahlen ein. Diese Flexibilität kann durch die Erweiterung und das Vorhalten von räumlichen Kapazitäten geschaffen werden.

Denn schon jetzt wissen wir anhand der Schulentwicklungsplanung, wie viele Kinder in den nächsten Jahren eingeschult werden bzw. auf die weiterführenden Schulen kommen. Dies bedeutet, dass zahlreiche Schulgebäude trotz aller Aus- und Neubaumaßnahmen in spätestens fünf Jahren wiederum zu klein sein werden. Gleiches gilt für die entsprechenden Funktions- und Verwaltungsräume, die Mensen sowie die Sporthallen.

Darum fordern wir, dass die vorliegenden Erkenntnisse und Empfehlungen der Schulentwicklungsplanung vollumfänglich ernst genommen und rechtzeitig in die Tat umgesetzt werden. Denn bisher werden diese Prognosen nicht hinreichend berücksichtigt.

Kleve ist weiterhin eine wachsende Stadt. Bereits heute wissen wir, wo in Kleve Neubaugebiete entstehen, die junge Familien anziehen. Darauf muss die Schulentwicklungsplanung abgestimmt sein, damit nicht nur unsere Maxime “kurze Beine = kur-

ze Wege" im Grundschulbereich erfüllt wird, sondern auch damit nicht weiterhin jedes Jahr zahlreiche Schüler:innen an den Grundschulen abgelehnt und umverteilt werden müssen.

Auch vor dem Hintergrund unserer wachsenden klimapolitischen Verantwortung und der Verkehrssicherheit unserer jüngsten Mitbürger:innen sind nah und gut zu erreichende Grundschulstandorte ein wichtiger Aspekt.

Für flächendeckende Ganztagsbetreuung/Ganztagsschulen

Das verlässliche Ganztagsversprechen, welches ab 2026 (aufwachsend ab Klasse 1) einen Rechtsanspruch auf einen Platz im offenen Ganztag (OGS) beinhaltet, muss von Rat und Verwaltung der Stadt Kleve nach der Kommunalwahl sofort in Angriff genommen werden.

Bereits jetzt zeigen die langen Wartelisten auf einen Platz in der OGS oder auch für die sogenannte Verlässliche Halbtagsbetreuung (VHT), dass es einen riesigen Bedarf in der Übermittagbetreuung gibt, weil immer mehr Eltern Beruf und Kindererziehung vereinbaren müssen. Wir treten daher für einen linearen Ausbau des offenen Ganztags ein, sodass bereits ab dem kommenden Schuljahr 2025/26 - wie es auch im Schulentwicklungsplan vorgeschlagen ist - an allen Grundschulstandorten jedes Schuljahr eine weitere Gruppe entsteht. Dabei favorisieren wir den Rhythmisierten Ganztag, denn dieser ist pädagogisch sinnvoll und spart durch sein multifunktionales Raumnutzungskonzept Finanzmittel für Baumassnahmen. Es muss so der aktuell bestehenden und weiterhin zunehmenden Nachfrage begegnet werden, Wartelisten müssen reduziert und pro-aktiv die ab 2026 benötigten Kapazitäten geschaffen werden.

Der Aufbau von mehr OGS-Gruppen geht notwendigerweise einher mit mehr räumlichen Kapazitäten, die bei jedem Erweiterungsbau mitzudenken sind. Gleichzeitig erfordert dies die Entwicklung eines pädagogischen Konzeptes zur multifunktionalen Raumnutzung, wie es z. B. auf der letzten Bildungskonferenz vorgestellt wurde. Hierbei sollten Schulträger und Schulen wertschätzend und transparent Hand in Hand zusammenarbeiten.

Daran anschließend muss auch die Qualität dieser Angebote der Übermittagbetreuung gesteigert werden. Neben der Aus-, Fort- und Weiterbildung pädagogischer Fachkräfte zählt dazu auch deren tarifgebundene Bezahlung sowie v. a. die bessere Einbindung von außerschulischen Mitwirkenden wie (Sport-)Vereinen, städtischen Einrichtungen (z. B. Stadtbücherei, Museum) und Ehrenamtlichen. Hierbei sollte die Stadt Kleve als Schulträger ein Netzwerk aufbauen, um den Schulen Angebote vermitteln zu können.

Im Zuge des fortschreitenden Ganztagsangebots ist uns auch ein gesundes, bezahlbares und möglichst frisch zubereitetes Schulessen sowie Schulobst für alle Schüler:innen wichtig. Dabei legen wir Wert auf die Verwendung von saisonalen, regionalen und nachhaltig produzierten Lebensmitteln.

Für umfassende Inklusion

Wir fördern Teilhabe ohne Schranken. Im Sinne einer gerechten Bildungspolitik setzen wir uns in Kleve für umfassende Barrierefreiheit in allen Schulen ein. Dabei ist aber zu bedenken, dass Inklusion aufgrund der geltenden UN-Behindertenrechtskonvention keine Gnade des Staates darstellt. Inklusion ist ein Menschenrecht – und Menschenrechte sind nicht verhandelbar. Die Chancen, sich eigene Ziele zu stecken und diese zu erreichen, müssen in einer diversen und inklusiven Gesellschaft gleich verteilt sein.

Unser Ziel ist eine Bildung der Vielfalt: Alle Kinder sind an allen Schulen und an allen Schulformen willkommen und werden zu dem für sie bestmöglichen Abschluss begleitet. Wir fördern, dass Schüler:innen mit Behinderungen oder besonderen Bedürfnissen uneingeschränkt am Schulalltag teilnehmen können. Es muss eine Lernumgebung geschaffen werden, in der alle Schüler:innen gleich behandelt werden, den gleichen Zugang zum Lernen haben und sich in ihrem Lernen wertgeschätzt und unterstützt fühlen. Wir werden deshalb alles tun, die Schulen finanziell und personell bei den besonderen Herausforderungen zu unterstützen. Dazu fordern wir den flächendeckenden Ausbau von barrierefreien Zugängen, Aufzügen, Sanitäranlagen und inklusionsfördernder Raumausstattung. Außerdem fordern wir eine bessere personelle Ausstat-

tung mit sonderpädagogischen Fachkräften sowie die systematische Weiterbildung von Lehrkräften, um Inklusion zu stärken. Dazu gehören beispielsweise auch fest installierte multiprofessionelle Teams sowie Inklusionskoordinator:innen auf Schulleitungsebene. Barrierefreiheit ist nicht nur eine bauliche, sondern auch eine soziale Aufgabe – dafür stehen wir.

Wir fordern:

- Bildung der Vielfalt
- Barrierefreiheit und inklusionsfördernde Raumausstattung in den Gebäuden
- Bessere personelle Ausstattung
- Systematische Weiterbildung
- Multiprofessionelle Teams und Inklusionskoordinator:innen

Für die Stärkung von Kooperation und Partizipation in der Schulpolitik

Kooperation vor Ort

Wir setzen uns in Kleve für eine Schulpolitik ein, die von Zusammenarbeit und Mitbestimmung lebt. Schulen sollen nicht isoliert handeln, sondern als Teil der lokalen Gemeinschaft wirken. Deshalb fordern wir die enge Kooperation zwischen Schulen, Eltern, außerschulischen Bildungsanbietern, sozialen Einrichtungen und örtlichen Unternehmen, um den Bildungserfolg jedes Kindes zu fördern.

Dabei sehen wir in der Kooperation mit sozialen Einrichtungen und örtlichen Vereinen einen besonderen Schwerpunkt.

Besondere Bildungsprojekte, die lokale Ressourcen und Partner einbinden, bieten eine einzigartige Möglichkeit, zentrale Werte zu vermitteln. Beispielsweise könnten Projekttage oder Vernetzungsveranstaltungen vom Schulträger organisiert werden, an denen alle Bildungseinrichtungen, die in der Stadt Kleve/im Kreis Kleve ansässig sind, sowie die Schulen im Stadtgebiet teilnehmen. Hier sollte eine interaktive Auseinandersetzung mit den Themen Klimaschutz, Demokratiebildung, Chancengleichheit und Diversität stattfinden. Vertreter:innen der Schulen sollen aktiv erfahren können, welche Projekte oder Unterstützungselemente sich durch diese Bildungseinrichtungen in den Schulalltag integrieren lassen.

Partizipation und Mitbestimmung

Gleichzeitig wollen wir die Partizipation von Schüler:innen, Eltern und Lehrkräften in schulpolitische Entscheidungsprozesse ausbauen. Wir möchten, dass Schüler:innenvertretungen und Elternräte mehr Mitspracherechte erhalten, so dass ihre Perspektiven bei Schulentwicklungsplänen und Verteilung von Ressourcen konsequent berücksichtigt werden. Schulkonferenzen und Gremien müssen gestärkt und inklusiver gestaltet werden, damit alle Stimmen gehört werden. Transparente Entscheidungswege und eine offene Kommunikation sind dabei für uns unerlässlich.

Deshalb begrüßen und fördern wir weiterhin die Beteiligung von Schüler:innen als beratende Mitglieder im Schulausschuss. Auch die Fortsetzung und Verstetigung regelmäßiger, mindestens jährlich stattfindender Bildungskonferenzen ist unser Ziel. Die dort erarbeiteten Projektergebnisse, Prozesse, Methoden oder Workshopformate sollen veröffentlicht, langfristig genutzt und etabliert werden.

Wir fordern:

- Kooperationen unterstützen
- Beteiligung von Schüler:innen und Eltern ausbauen
- Fortsetzung und Verstetigung der jährlichen Bildungskonferenzen

Kunst und Kultur – *Kleve, eine bunte und lebendige Stadt*

Für den Erhalt und die Förderung des reichen Kulturangebotes

Die Stadt Kleve hat ein reichhaltiges Kulturangebot. Das als Stiftung geführte Haus Koekkoek wird von den Klever:innen geliebt und gerade barrierefrei umgebaut. Das Museum Kurhaus organisiert Ausstellungen zwischen Tradition und Moderne und hat Dank des früheren Museumsleiters Guido de Werd eine große Mataré-Schenkung erhalten. Ein Depot steht noch aus.

Die Volkshochschule hat ein vielseitiges Angebot, auch wenn in manchen Bereichen noch zu lange Wartelisten bestehen (z. B. bei den Alphabetisierungskursen).

Das Stadtarchiv bewahrt nicht nur, es bietet einheimischen und auswärtigen Besucher:innen auch Forschungsmöglichkeiten unter sachkundiger Leitung.

Kleve hat eine gut funktionierende Stadtbibliothek mit einem vereinfachten Aus- und Rückgabesystem.

Die Stadt kümmert sich um diverse Kulturangebote im Bereich Theater und Musik. Das muss auch so bleiben!

Darüber hinaus sorgen die freien Kunst- und Kulturinitiativen für weitere Angebote. Die Vernetzung und Koordination dieses stattlichen Kulturangebots müsste jedoch von Seiten der Stadt übersichtlicher dargestellt werden, z. B. mithilfe der Kulturapp und einer gut auffindbaren Website über Kunst in Kleve.

Wir sollten mit den Schätzen punkten, die wir haben (Haus Koekkoek, Museum Kurhaus, historische Gärten) und auch berücksichtigen, dass die Niederländer:nnen fast ausschließlich digital informiert sind.

Kultur und auch die Gestaltung der kulturellen Infrastruktur sind sicherlich keine alleinige Aufgabe der Stadt; sie wird geprägt von Künstler:innen, Veranstalter:innen, Interessengruppen und Menschen mit kreativen Ideen.

Kultur in der Stadt ist somit mehr als Kultur von der Stadt. Das sollte sich auch in überarbeiteten Förderrichtlinien wiederfinden, die grenzüberschreitende Aktivitäten und Kreativangebote der freien Szene ebenso förderungswürdig betrachten wie den Karneval und bestimmte Chöre.

Die kulturellen verborgenen Schätze wie der Weinkeller Remy, Eiskeller im Tiergarten und der Bunker unter dem Marktplatz Linde sollten gehoben werden und ihre Zugänglichkeit endlich ermöglicht werden.

Die Parks in Kleve sind besondere Orte Europäischer Historischer Gartenkultur: neben der Pflege des Neuen Tierparks steht die Wiederherstellung des Alten Tierparks noch aus. Wir möchten eine schrittweise Umsetzung der vorliegenden Konzepte. Kleve ist eine Kulturstadt, deren Schätze gesichert und gehoben werden müssen. Hier vereinen sich Moderne und Historie, landschaftlich und vom kulturellen Angebot her. Beides gilt es attraktiv zu präsentieren! Und das sicher auch im Hinblick auf die Landesgartenschau 2029, wo wir auf das Angebot der freien Szene ebenso angewiesen sind wie auf das Engagement der städtischen Institutionen.

Wir fordern:

- Übersichtliche Kulturapp und Website
- Stärkung der freien Kulturszene
- Veränderte Förderrichtlinien im Hinblick auf Innovation und grenzüberschreitende Aktivitäten
- Unterstützung des Tiergartens hin zu einem Artenschutzzoo
- Wiederherstellung des Alten Tierparks als Beispiel Europäischer Gartenkunst
- Zugang zum Weinkeller Remy (Kavarinerstraße)

Sport und Vereine – *Kleve, eine tatkräftige Stadt*

Für den Erhalt und die Förderung der Vereine und Sportangebote

Sport und Bewegung sind für die Klever:innen von zentraler Bedeutung – sei es im Verein oder vereinsungebunden.

Neben der positiven Wirkung auf die Gesundheit fördert er soziale Integration und Inklusion, interkulturelle Bildung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Dies erfordert jedoch gezielte Maßnahmen. Dazu gehört eine bedarfsgerechte Infrastruktur für Vereine, sowie attraktive vereinsungebundene Sportangebote für alle Klever:innen.

Wir fordern:

- Umsetzung des Grünen Antrags zur Erweiterung der Klever Skateanlagen unter aktiver Einbindung der relevanten Interessengruppen, um einen inklusiven und sicheren Ort für Trend- und Freizeitsport zu schaffen.
- Förderung des Hochbaus für das Sportzentrum Unterstadt, um moderne und multifunktionale Sportstätten zu gewährleisten.
- Weitere Unterstützung von Schwimmkursangeboten, um den langen Wartelisten für Schwimmkurse gerecht zu werden
- Positive Begleitung der Gründung eines Stadtsportbundes, um Vereine und Sportinitiativen zu stärken und ihre Anliegen gebündelt zu vertreten.
- Unterstützung der Zusammenarbeit von Schulen und Vereinen, um Sport als integralen Bestandteil der Bildungsarbeit zu etablieren.
- Erhalt der dörflichen Sportkultur in einer Sportentwicklungsplanung, die die Zentralisierung von Sportstätten berücksichtigt und zugleich die Identität lokaler Vereine wahrt.
- Förderung von weiteren kostenfreien und frei zugänglichen Sportgelegenheiten im öffentlichen Raum, um Sport für alle einfacher zugänglich zu machen.
- Errichtung eines Pumptrack:Parkours im Stadtgebiet, um für Klever:innen ein weiteres attraktives Sport – und Freizeitangebot zu schaffen

Mit diesen Maßnahmen wollen wir den Sport in Kleve zukunftsfähig gestalten, soziale Teilhabe stärken und die Sportlandschaft vielseitiger und integrativer machen.

Die Grünen sind engagiert in Klever Vereinen u. a. in Chören, kulturellen Vereinen und Musikgruppen. Wie schon in der Vergangenheit, werden wir uns auch im Rat der Stadt Kleve zukünftig dafür einsetzen, dass diese gesellschaftliche Arbeit Anerkennung und finanzielle Unterstützung erfährt.

Kontakt – *Hallo Kleve!*

Liebe Mitbürger:innen,

wir freuen uns über Ihre Kontaktaufnahme und kommen gerne mit Ihnen ins Gespräch. Ihre Anregungen, Kritik und Ideen nehmen wir gerne in unsere Agenda auf und erklären Ihnen gerne unsere Ideen von einer Stadt Kleve, die ökologisch, ökonomisch und sozial in die Zukunft geht. Sprechen Sie uns gerne an!

02821-7419748 | ortsverband@gruene-kleve.de | facebook.com/grueneOVKleve | instagram.com/gruene_kleve | threads.com/gruene_kleve

Briefwahl – *So geht‘s*

Wie wähle ich per Briefwahl?

1. Sie erhalten Ihre Wahlbenachrichtigung.

2. Diese füllen Sie aus und senden Sie an das Wahlamt der Stadt Kleve:
   Rathaus, Minoritenplatz 1, 47533 Kleve, Zimmer 1.26 oder geben sie dort ab.
   Damit fordern Sie die Unterlagen für die Briefwahl an.

3. Sie erhalten dann Ihre Briefwahlunterlagen bestehend aus:
   - Wahlschein
   - Roter Briefumschlag mit Adresse
   - Blauer Briefumschlag ohne Adresse
   - Stimmzettel für die verschiedenen Wahlen, die in Kleve stattfinden:
     - des Landrates/der Landrätin des Kreises Kleve
     - der Mitglieder des Kreistages des Kreises Kleve,
     - des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin der Stadt Kleve,
     - der Mitglieder des Stadtrates der Stadt Kleve
     - und gegebenenfalls der Mitglieder des Integrationsrates der Stadt Kleve
     - Anleitung

4. Sie füllen die Stimmzettel aus und stecken alle in den blauen Briefumschlag, den Sie zukleben.

5. Sie füllen den Wahlschein aus.

6. Den Wahlschein und den blauen Briefumschlag stecken Sie zusammen in den roten Briefumschlag, den Sie ebenfalls zukleben.

7. Den roten Briefumschlag schicken Sie per Post an das Wahlamt der Stadt Kleve. Die Adresse steht bereits auf dem Umschlag.
   Der Brief muss nicht frankiert werden.

NOTIZEN

Herausgeber:in
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Ortsverband Kleve
Lindenallee 10
47533 Kleve

T +49 2821 7419748
ortsverband@gruene-kleve.de
gruene-kleve.de

V. i. S. d. P.
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Oliver Roth, Sprecher
Veronica Vasterling, Sprecherin
Lindenallee 10
47533 Kleve

Foto U2: © Christoph Berens
Druck: Reintjes GmbH

Genderhinweis: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Ortsverband Kleve, verwendet den Gender-Doppelpunkt als gendergerechte Schreibweise, um darauf aufmerksam zu machen, dass es neben der angenommenen biologischen und sozialen Zweigeschlechtlichkeit (m/w) weitere diverse Identitäten gibt.

MACHT FÜR DAS MORGEN.